

20.12.2022

Haushaltsrede der Fraktion AfD/uBiB zum Haushaltsplan 2023 der Stadt Bruchsal

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Verwaltung, werte Kollegen und Gäste,

aufgrund des krankheitsbedingten Ausfalls unserer Fraktionsvorsitzenden Frau v. Massow, trage ich zur heutigen Sitzung die Haushaltsrede der AfD/uBiB Fraktion vor.

einführend möchten wir uns zunächst und vor allem bei den Angestellten der Verwaltung für ihre gute Zuarbeit und dem konstruktiven Miteinander mit dem Gemeinderat Bruchsal im zurückliegenden Jahr bedanken.

Der Zeitpunkt dieser Haushaltsrede so kurz vor Weihnachten und dem Jahresende, sollte eine Zeit der Harmonie, der Stille, aber auch der Reflexion sein. So sind die vorangegangenen Reden der Fraktionsvorsitzenden dann auch von dem Wunsch getragen, diesem nur allzu menschlichen Harmoniebedürfnis im Wesentlichen nachzukommen.

Nun ist, bzw. sollte die Haushaltsrede aber auch ein kritisches Resumé der Arbeit des Gemeinderates im Ganzen und der Verwaltung im Besonderen darstellen, sowie den Fraktionen die Möglichkeit geben, ihr eigenes politisches Profil, sowie die eigenen Standpunkte zu Sachfragen zu artikulieren. So wichtig und menschlich nachvollziehbar ein Streben nach Harmonie in diesem Gremium auch ist, der politisch notwendige und demokratisch unverzichtbare Diskurs darf dabei nicht zu kurz kommen.

Bedauerlicherweise beobachten wir jedoch in jährlicher Regelmäßigkeit, wie manch unliebsame Themen und begründete Kritik in den Haushaltsreden der Fraktionen und der Stadträte oft nicht in dem notwendigen Maße geäußert werden, wie es der Wichtigkeit der jeweiligen Sachfrage im Sinne des Bürgers angemessen wäre, ja allzuoft in falsch verstandener Rücksichtnahme oder fehlendem Mut, das eine oder andere klare Wort lieber vermieden wird, um nicht anzuecken, aufzufallen oder sich mit der eigenen Aussage im Bericht der BNN wiederzufinden.

Diesem Ist-Zustand folgend, bedauern wir, am Haushalt für das Jahr 2023 selbst, als auch am Prozess des Zustandekommens, in Teilen grundsätzlichere Kritik äußern zu müssen, als in den vorangegangenen Beiträgen der Kollegen.

Das Jahr 2022 war in der Tat ein beispiellos turbulentes Jahr der jüngeren Geschichte, in dem sich viele äußere Bedingungen kommunalen Handelns drastisch verändert haben. Der holprige und in Teilen unbeholfen wirkende Anlauf der neuen Regierung im ersten Amtsjahr, der Verlust der Selbstverständlich- und Verlässlichkeit der Wärme und Energieversorgung, eine in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie dagewesene Inflation des Geldes, äußere und innere Anforderungen, sowie der Verlust von Wohlstand und der Gewissheit von Frieden und Verlässlichkeit in Europa werfen Ihre Schatten voraus und lassen erwarten, dass das Jahr 2023 für den Staat, die Länder, Kommunen und vor allem die Bürger weitere große Ungewissheiten und Herausforderungen bringen wird.

Kommen wir zum Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für 2023. Wie schon in den Haushaltsberatungen der Jahre davor, sind die Stimmen, die in den "guten", bzw. planbaren Jahren eine Rückkehr zu solider Haushaltsführung und ständige Überprüfung

der Notwendigkeit verschiedenster kommunaler Projekte und Bauvorhaben gefordert hatten, ungehört geblieben.

Viele städtische Projekte wurden passend gerechnet und dem Gemeinderat jeweils zur Abstimmung gegeben. Auch hier wurden kritische Stimmen, die die geplanten Kostenvolumen der jeweiligen Projekte hinterfragt haben, wenig gehört. Man wollte sie nicht hören, störten diese Stimmen doch oben genanntes "Harmoniebedürfnis" und führten deshalb unvermeidbar zu Beschlüssen, welche im Hintergrund oft nur vom Wunsdenken der Verwaltung getragen wurden. Hier seien die Umbaumaßnahmen der Flüchtlingsunterkunft in der Markgrafenstrasse in Heidelberg, die ständig wachsenden Kostenzuschüsse der Kindergärten, die ausufernden Kosten für die Erneuerung des Bahnhofsvorplatzareals, das Efeu-Campus, der Digital-Hub, nur exemplarisch für weitere Positionen genannt.

Trotz mahrender Stimmen hat sich der Gemeinderat bei diesen Projekten mehrheitlich dem von Wunsdenken, oder teils ideologischer Verklärtheit geprägten Vorlagen der Verwaltung angeschlossen, anstatt das zu sein, was dem Gemeinderat per Funktion zusteht und die Verantwortlichkeit gegenüber dem Bürger gebietet; Kontroll-, Prüf- und Rechenschaftsgremium der Arbeit und Ergebnisse der Verwaltung zu sein, sowie letzte kritische Entscheidungsinstanz.

Wohin hat uns dieses "Harmoniebedürfnis" und das partielle "Nichtsehenwollen", dessen was real ist, nun gebracht?

-Eine Neuverschuldung von 14 Millionen € geplant für das Jahr 2023 - dies entspricht etwa 10% des Gesamthaushalts der Stadt Bruchsal auf dann 51,5 Millionen € zum Ende der Planungsperiode im Jahr 2025, was – ohne großen wirtschaftlichen Einbruch und der Beibehaltung einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung – ca. 33% des gesamten Primärhaushaltes der Stadt Bruchsal in 2023 entspricht.

-Überschuldete oder defizitär laufende Schattenhaushalte in einigen städteeigenen GmbHs.

-Nicht hinterfragte Investitionen und Subventionen in "angesagte" Zeitgeistprojekte, mit zweifelhafter wirtschaftlicher Sinnhaftigkeit. Hier seien vor allem der Digital-Hub, das Efeu-Campus mit seinem autonomen Fahrprojekt der "letzten Meile" genannt, als auch das Engagement der Stadt bei dem "zukunftsweisenden" Transportsystem Wolocopter. Ein wenig Recherche und Vergleich der dort in der Entwicklung, bzw. In Erprobung befindlichen Produkte, zeigt, wie weit man im internationalen Vergleich hinter ähnlichen Produkten bspw. aus den USA oder Schweden hinterherhinkt. Eine jemals zu erwartende wirtschaftliche Rentabilität, bzw. Ein ernsthaft zu erlangender Marktanteil ist hier zumindest auf mittlere und lange Sicht anzuzweifeln.

-eine unkritisch und nicht ausreichend auf die wirtschaftliche Nützlich- und Tragfähigkeit vorangetriebene sogenannte Transformation zur CO2 neutralen Kommune, welche zudem auch gravierende ökologische Folgen hat, wie wir im weiteren noch darlegen werden.

Das wirtschaftliche und finanzielle Zeugnis für dieses in Hinblick auf solide und verantwortungsbewusste Haushaltsführung weit unter seinen Möglichkeiten gebliebene Ergebnis ist ernüchternd. Eine nachhaltige und kostenschonende Planung ist auch in der Gewissheit der kommenden, schlechter werdenden, Jahre nicht zu erkennen und das Prinzip "Hoffnung und Annahme", anstelle kühler Ist-Analyse gepaart mit unideologischem Pragmatismus, durchdringen den Geist dieses Haushalts und seiner perspektivischen Fortführung nahezu vollständig.

Gerade zum Thema der ständig gebetsmühlenartig beschworenen Nachhaltigkeit ein paar Anmerkungen. Die inbrünstige Hingabe mit der die Verwaltung die sogenannte "Energiewende" vorantreibt, ist wenig nachhaltig und in hohem Maße irrational, da kaum zielführend im messbaren und vor allem "sichtbaren" Ergebnis. In einer Zeit, in der viele andere Länder den massiven Ausbau der Kernkraft vorantreiben und in den USA in diesem Monat ein wesentlicher Durchbruch im Bereich der Nutzbarkeit der Kernfusion erreicht wurde, dürfen wir uns in Bruchsal darauf freuen, uns im kommenden Frühjahr mit der Aufstellung von Solarfeldern auf Agrar- und Grünflächen zu befassen, welche das Mikroklima verändern und zur Aufheizung und Austrocknung der darunter liegenden Bodenflora und -Fauna beitragen, anstatt zuallererst einmal die Mehrzahl aller kommunalen Gebäude mit Solarflächen auszustatten und damit der Vorbildfunktion der Stadt gerecht zu werden. Hier ist mit unter 20% Solarabdeckung der öffentlichen Dachflächen noch deutlich Luft nach oben.

Weiter dürfen wir uns darauf freuen, massenweise 3.500 Tonnen schwere Betonfundamente - die Herstellung einer Tonne Zement, welcher für den Beton benötigt wird, erzeugt eine Tonne CO₂ - in die Herzen der wenigen verbliebenen Waldinseln – letzte Rückzugspunkte für die heimische Tierwelt um Bruchsal herum - in den Boden zu pressen. Nur um dann beinahe 300 Meter hohe ineffiziente, technologische Anachronismen - Windkraftanlagen - mit 70 Meter Rotorblättern aus wenig recycelbaren Verbundstoffen gefertigt und gekrönt auf der Spitze durch einen Maschinenraum, in dem hochaktive Treibhausgase zur Ermöglichung der Supraleitung mit 3000 jähriger Abbauphase in der Atmosphäre verwendet werden, zu welchen im Vergleich Methan und CO₂ wie harmlose Spurengase erscheinen. 30 Meter tiefe Schotter-Röhren werden zur Stabilisierung in den Waldboden getrieben und zerstören Grundwasserläufe und Wurzelwerk. Der Bau von Windkraftanlagen ist eine ökologische Katastrophe und eine Zweck-Industrialisierung in unseren Wäldern, wie es sie historisch noch nie gegeben hat. Diese Art der Energiegewinnung als nachhaltig, ökologisch oder sauber zu bezeichnen, ist der Gipfel propagandistischer Heuchelei. Das exakte Gegenteil ist der Fall. Gar nichts an Windkraftanlagen ist vom ökologischen, nachhaltigen noch wirtschaftlichen Standpunkt aus verantwortlich noch mit gutem Gewissen vertretbar. Solche technologischen Monstrositäten haben auf Bruchsaler Fluren und Wäldern nichts verloren. Hierbei soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass erst der massive Ausbau der Windenergie Treiber der russischen Gasabhängigkeit war, um die dafür notwendigen schnellen Gas-Ausgleichskraftwerke, essentiell zur Wahrung der Stromstabilität im Netz, betreiben zu können. So hängen die sog. Energiewende und die Abhängigkeit zum fossilen Energieträger Gas untrennbar zusammen und zeigen so drastisch die ganze Widersprüchlichkeit der laufenden Prozesse.

Stattdessen vermissen wir jedweden aktiven Anlauf seitens der Verwaltung zur Förderung und der Einbeziehung regionaler Energieerzeugung aus Biomasse. Einzelne Anfragen von Erzeugern trafen wohl auf wenig Resonanz, womit man einen ganzen Bereich, regenerativer Energieerzeugung, welcher ohne massive Eingriffe und ohne großen Platzbedarf auskommt, aus dem Energiemix ausschließt.

Diese Beispiele zeigen exemplarisch und gut dokumentiert das von Wunschenken und fehlendem Realismus geprägte Streben, sowie die offensichtliche Mut- und Ideenlosigkeit der Verwaltung – als auch zumindest deren wohlwollende Billigung von Maßnahmen mit katastrophal hohen ökologischen Kosten, als auch der Verringerung der Lebensqualität der Bürger. Echte Nachhaltigkeit funktioniert anders, aber dazu bedarf es eben der unvoreingenommenen Reflexion und eines Gemeinderates, der auch willens ist,

Bestrebungen und Vorlagen der Verwaltung kritisch zu begleiten und falls erforderlich, auch wenn es unbequem ist und nicht mehr innerhalb der eigenen Komfortzone, manche Ideen und Vorstellungen eben ganz grundsätzlich in Frage zu stellen.

Hierzu gehört auch, bzw. sollte gehören, dass man den Mut und die Courage findet sich als große Kreisstadt nach Partnern in der Sache umzusehen, um so auch Beschlüssen oder Ideen des Landes im Sinne der eigenen Bürger die Stirn bieten zu können, anstelle sich in der behaglichen Gratiswärme eines ideologisch verrannten politischen Mainstreams kritiklos zu ergeben und diesem Gremium und den Bürgern die Antwort auf die jeweilige Sachfrage als alternativlos verkaufen zu wollen. Wirkliche Standhaftigkeit auch im kalten politischen Gegenwind, die prioritäre Wahrung der Interessen der eigenen Bürger, charakterliche Grundfestigkeit und rational gewonnene Überzeugungen aus denen gesunde Beschlüsse erwachsen können, sind die Qualitäten, die in den vor uns liegenden Jahren benötigt werden. Und dies werden absehbar Jahre sein, in denen Vieles von dem, was uns bisher hier in Bruchsal selbstverständlich erschien, hinsichtlich Wohlstand, innerer Sicherheit, gesellschaftlichem Miteinander, sich auf dem Prüfstand der Geschichte wiederfinden wird.

Auch beim Thema Bebauung in Bruchsal spiegelt sich das Missverhältnis zur Nachhaltigkeit. Nicht angekommen ist in der Verwaltung und der Bauplanung der in Deutschland mittlerweile von zahlreichen Fachleuten im September in einem offenen Brief an Bundesbauministerin Klara Geywitz angemahnte Erhalt und die Ertüchtigung von Bestandsimmobilien anstelle immer neuer Bauten, die sich rein auf wirtschaftlichen Gewinn ausrichten. Es sei auch ökologisch verheerend, Städte mit immer neuen Zeitgeist-Betonbauten zu überziehen. Da die Bauabbruchabfälle ca. 55% des gesamten Deutschen Abfalls ausmachen, habe der Bau- und Gebäudesektor zum wiederholten Male sein Emissionsziel verfehlt und entferne sich immer weiter vom Sektorziel 2030, welches eine jährliche Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen um 5,5 Millionen Tonnen fordert. Abgesehen von einzelnen Vorzeigeprojekten, die medial als vorbildlich ökologisch präsentiert werden, herrscht in deutschen Stadtentwicklungsgebieten das nackte Grauen, so die Verfasser. Stahlbetonbauwerke, die eine sehr giftige Emissionsbilanz haben, dominieren die Baugruben der monotonen Stadtentwicklungsflächen. Der Herstellungsprozess von Zement inklusive Transport und Energie entlässt pro Tonne des Baumaterials eine Tonne Kohlendioxyd in die Luft. Insgesamt werden so auf Deutschen Baustellen aktuell 35 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr erzeugt. Tendenz steigend. 80% der Schadstoffbilanz des Bauens steckt im Rohbau. Eine Komplettentkernung und Sanierung hingegen produziert nur ein Fünftel der CO₂ Emissionen, die ein Neubau verursacht.

So ist auch bezüglich der zurückliegenden, als auch der geplanten baulichen Neugestaltung Bruchsals wie seitens der Verwaltung, aber auch durch große Teile des Gemeinderates gewünscht, kaum ein reales Bewusstsein für ökologische Nachhaltigkeit festzustellen, wie auch bei den Neuplanungen der "Siemenssiedlungen", dem Bahnhofsareal und wie schon zuvor bei der Bahnstadt und dem Baufeld 5 attestierbar. Auch hier folgt man lieber den "einfachen" Wegen, vertraut blind auf die Vorlagen der Verwaltung, lässt sich von Mainstream und Medien feiern, ohne sich im Kern ehrlich zu machen und sich den immanenten Fakten zu stellen. Hier fordern wir als AfD/uBiB Fraktion ganz im Sinne oben zitierter Fachleute eine Neubewertung der Innenverdichtung der Stadt Bruchsal, sowie auch eine eindeutige Limitierung derselben. Es kann nicht sein, dass am Ende jedes Innenkarré, jede kleine Grünfläche, jeder einzeln freistehende Baum und jede auflockernde Lücke in der Stadt bebaut wird, bzw. als bebauungsfähig ausgewiesen wird. Hier ist schon vielerorts viel zu viel Kahlschlag erfolgt. Wir waren als

Fraktion in der Vergangenheit immer für die Innenverdichtung anstelle einer flächenfressenden und ökologiezerstörenden externen Ausweitung der Stadtfläche. Aber es muss hierbei auch ein maßvoller Endzustand definiert sein, der, wenn erreicht, dann eben auch das Maximum an Flächennutzung festsetzt und verbindlich limitiert. Ewiges und unlimitiertes Wachstum sollte gerade der politischen Linken aus der Historie ein bekanntes strittiges Konzept sein.

An dieser Stelle soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass die künftige Gestaltung des alten Feuerwehrareals einen mehr als faden Beigeschmack bekommen hat. Weniger durch das, was man damit im historischen Kontext verdeutlichen wollte und will, als vielmehr als ein einmaliger Vorgang der Entmündigung des Gemeinderats Bruchsal, als alleiniges Entscheidungsgremium. Dies verursacht unilateral durch das "Anbordholen" verschiedenster externer, oft internationaler Organisationen durch die Frau Oberbürgermeisterin, von welchen die wenigsten überhaupt irgendeine historische Beziehung zur Stadt Bruchsal haben, um dann den Gemeinderat die Möglichkeiten zur historisch achtsamen, aber auch städtisch-sinnvollen Nutzung dieses Areals zu nehmen. In dieser Ausprägung hat es sich dabei um einen beispiellosen Fall von Respektlosigkeit gegenüber diesem Gremium durch die Oberbürgermeisterin gehandelt.

Auch in der Personalplanung der Stadt Bruchsal, scheint es keine Limitierung nach oben zu geben und so steigt, wie auch in den Vorjahren, der Personalbestand der Stadt von 571 Stellen in diesem Jahr, auf 595 in 2023. Mehrkosten in Höhe von 3,5 Millionen € jährlich, erhöhen die Personalkosten auf 38,1 Millionen € in 2023. Dies sind fast 25% des Stadthaushalts.

Zusammenfassend fällt nicht nur die finanzielle, sondern auch die ökologische Bilanz ernüchternd und unbefriedigend, zum Teil sogar inakzeptabel aus und der Ausblick auf die nähere Zukunft lässt noch Schlimmeres befürchten.

Diese Verwaltung aber auch dieser Gemeinderat haben noch nicht die Entschlossenheit, die Einsicht und den Mut zu den unbequemen Entscheidungen gefunden, die sich abzeichnen. Es fehlt die Kraft, sich wenn erforderlich geschlossen gegen den Wind zu stellen - und diesem kalten Wind dann auch standzuhalten. Es war in den vorangegangenen Jahren allzuleicht, den wirtschaftlichen Überschuss umzuverteilen, bzw. "billig" bereitgestelltes Geld ohne Gedanken an ein "morgen" auszugeben und sich opportun gegenüber Landes- und Bundespolitik zu geben. Weitere Verschuldung mit dem Versprechen auf künftig wachsenden Wohlstand wurde in Kauf genommen und die Frage weitgehend ignoriert, ob all diese Entscheidungen im Kontext der nächsten 10-20 Jahre gesehen das Etikett "nachhaltig und verantwortungsbewusst" erhalten noch die eingegangenen Verpflichtungen von den nachfolgenden Generationen getragen werden können.

Die Bürger hingegen müssen sich, neben der hohen zweistelligen Inflation auf nahezu alle Produkte des täglichen Gebrauchs, auf satte Erhöhungen der Bezugspreise aller Energieträger einstellen. Die Energiebezugszahlen der Stadtwerke für 2023 lassen sich kaum glauben – 579% Preissteigerung bei Bezug von Gas, 177% bei Heizöl und 245% bei Pellets. Und hier wird ernsthaft, trotz Rücklagen bei den Abwasserbetrieben eine mehrheitlich auch von diesem Gemeinderat geforderte Erhöhung der Abwassergebühren beschlossen. Dies zeigt exemplarisch, dass diese Verwaltung, aber auch dieser Gemeinderat die ablaufenden Veränderungen noch nicht ausreichend verstanden und

schon gar nicht ihrer Bedeutung nach durch ein beispielhaftes Verhalten gewürdigt hat. Dieser Haushalt sollte von dem ernsthaften Willen zur Einsparung und dem verantwortlichen Umgang mit den Geldern der Bürger erfüllt sein. Dieser Wille ist jedoch nicht erkennbar.

Insofern wird die Fraktion der AfD/uBiB den Haushalt für 2023 nicht mittragen und lehnt diesen als nicht nachhaltig und zukunftsfähig ab.

Resumé:

Es zeichnen sich drastische Veränderungen ab, die eine neue Sicht und eine neue Verantwortlichkeit erfordern. Wir hoffen, dass dieser Gemeinderat, welcher positives Engagement und Konsensfähigkeit bereits bewiesen hat, in den auf uns zukommenden Tagen auch zeigt, dass er über die Weisheit eigener Gedanken und die Kraft zur Durchsetzung - auch und gerade bei kaltem Gegenwind - sowie einem höheren Maße an kritischer Reflexion der Verwaltung, als auch sich selbst gegenüber verfügt. Hierzu würden wir uns für das neue Jahr mehr reale Nachhaltigkeit, einen neuen Pragmatismus und weniger Parteiräson und Ideologie in der Zusammenarbeit dieses Gremiums wünschen. Außerdem sollten wir ein konstruktives Stück weit das selbstverordnete Harmoniebedürfnis, das zuweilen den demokratisch-kritischen Diskurs wie Mehltau überzieht, überdenken. Dann kann die Anpassung an neue Gegebenheiten und Anforderungen im Sinne und zum Wohle der Bürger unserer Stadt gelingen.

Die Fraktion der AfD/uBiB wünscht allen Anwesenden ruhige besinnliche Weihnachtstage. Vielen Dank!